



PRESSEMITTEILUNG

27. Oktober 2023

MEDIENTAGE MÜNCHEN 2023 vom 25. bis 27. Oktober
Europatag – Eröffnung, Begrüßung und Keynote

Aktuelle EU-Initiativen prägen Medienregulierung

München – Eine Fülle an neuen regulatorischen Vorhaben und Vorgaben von Seiten der Europäischen Union bestimmen derzeit die medienpolitischen Diskussionen und werden Auswirkungen auf die europäischen Medien und Gesellschaften haben. Der Europatag im Rahmen der MEDIENTAGE MÜNCHEN, veranstaltet vom Institut für Europäisches Medienrecht (EMR) und der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM), hätte deshalb kaum zu einem besseren Zeitpunkt kommen können als jetzt. Das stellte Dr. Thorsten Schmiede, Präsident der BLM, fest, der gemeinsam mit Prof. Dr. Stephan Ory, Direktor des EMR, die Veranstaltung eröffnete. Beide waren sich einig, dass mit der neuen Gesetzgebung auch eine neue Dynamik in die regulatorischen Prozesse komme.

Die regulatorische Dynamik unterstrich auch Dr. Florian Herrmann, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien in seinem Grußwort, das per Video eingespielt wurde. Herrmann betonte, dass es gerade wegen der schnellen Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI) dringend notwendig sei, regulatorische Leitplanken einzuziehen durch den Artificial Intelligence Act (AI Act). Diese dürften allerdings nicht innovationshemmend wirken. Im Bezug auf den European Media Freedom Act (EMFA), der sich ebenso wie der AI Act derzeit im Trilog-Verfahren befindet, betonte Herrmann: „One size fits all“ könne nicht der richtige Weg sein. Er bezog sich dabei auf die Vorbehalte der Bundesländer, die ihre Kulturhoheit von der Medienregulierung der EU bedroht sehen. Herrmann sagte: „Wir wollen alles dafür tun, dass die Medienvielfalt in Bayern erhalten bleibt.“

Die Keynote des Europatags präsentierte Dr. Susanne Raab, Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien der Republik Österreich. Auch sie unterstrich, dass die aktuellen Entwicklungen – zum Beispiel die Verbreitung von Fake News im Internet – zeigten, wie gefährdet der herkömmliche Medienmarkt sei. Als Politik gemeinsam mit Qualitätsmedien dieses Problem zu lösen, müsse vorsichtig geschehen, damit „kein fader Beigeschmack“ entstehe – weil eine unzulässige Nähe von Politik und Medien nicht entstehen dürfe. Die österreichische Regierung, so berichtete Raab, habe die europäische Regulierung nicht abgewartet, sondern versucht, mit einem Kommunikationsplattformengesetz gegen den „Hass im Netz“ vorzugehen. Dieses Gesetz werde nun ab Februar vom Digital Services Act (DSA) abgelöst.

Der in Deutschland noch umstrittene EMFA sei im Rat tatsächlich eine schwere Geburt gewesen, sagte Raab. Österreich habe sich dort „kritisch konstruktiv“ eingebracht. Sie selbst sei ein „großer Fan der Subsidiarität“, zeigte sich aber zuversichtlich, dass dort eine gute Balance entstanden sei zwischen den Standards, die die EU dort setzen wolle, und den kulturell gewachsenen Eigenarten der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Was die KI betreffe, seien die Haltungen in der österreichischen Medienlandschaft sehr unterschiedlich gewesen. Die einen hätten den Untergang des Journalismus heraufbeschworen, die anderen hätten schnell die Möglichkeiten zur Steigerung der Effizienz genutzt. Die Wahrheit, so lautete Raabs Einschätzung, liege auch hier in der Mitte. Es gebe Verdrängungseffekte bezüglich der Arbeit von Medienschaffenden und die Gefahr von mehr Fake News. Deshalb müsse man sich fragen, wie Qualität sowie Vielfalt und Transparenz gesichert werden könnten. Kennzeichnungspflichten und Datenhoheit seien wichtig. Vor allem brauche es auch ethische Richtlinien. Beispielsweise könne KI Geschlechterstereotype verstärken. Deshalb müsse immer gefragt werden, welche Datensätze die KI benutze und ob nicht mehr Frauen darüber mitentscheiden sollten, welche Datensätze zum Einsatz kämen. Österreich habe in puncto Regulierung nicht bis 2025 warten wollen, dem Zeitpunkt, an dem der AI Act umgesetzt werden soll. Deshalb sei ein KI-Kompetenzzentrum mit eigener Anlaufstelle für Medien eingesetzt worden. Die KI bringe auch ungeahnte positive Möglichkeiten mit sich, argumentierte Raab. Aber: Am Ende müsse immer ein redaktioneller Faken- und Quellencheck stehen.

Die Ministerin gab noch einen Überblick über die schwierige Lage für die Medienwirtschaft in Österreich, die auch von sinkenden Abonnent:innen-Zahlen und einem schwächelnden Werbemarkt geprägt ist. Die Jüngeren hielten sich zudem fast nur noch im Internet auf und schauten immer weniger Fernsehen. Österreich habe deshalb einen „Fonds zur digitalen Transformation“ aufgelegt, damit Medien weiter Relevanz behalten und ihr Publikum erreichen könnten. Ähnliches solle mit verstärkter Förderung von Qualitätsjournalismus geschehen.

Raab konstatierte einen jahrelangen „großzügigen Reformstau in Österreich“. Medienpolitik sei aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessen im Land eine „heiße Kartoffel“, die schwer anzufassen sei. In Sachen ORF habe das Verfassungsgericht die Politik dazu gezwungen, die Finanzierung des Rundfunks neu zu regeln. Statt an das Gerät wird der ORF-Beitrag nun an den Hauptwohnsitz der Zahlenden gebunden. Es sei der Politik aber klar gewesen, so führte Raab aus, dass der Beitrag in diesem Fall sinken müsse. Statt bislang 22,45 Euro monatlich werden es nun 15,30 Euro sein. Umsetzbar sei das durch ein 300-Millionen-Euro-Sparpaket des ORF über die nächsten Jahre. Im Gegenzug dürfe der ORF nun auch Beiträge online first und online only machen. Allerdings: Die Hauptwebseite des ORF muss in Zukunft auf Texte weitgehend verzichten, um die Konkurrenz mit den Verlagen nicht zu verstärken.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.medientage.de.